



Stockhofe aus Berlin

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Deutsche Einheit ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Seit 26 Jahren leben wir alle in einem geeinten Land – in Freiheit, in Demokratie, in einem sozialen Rechtsstaat und in Frieden mit allen unseren Nachbarn. Die Entwicklung der fünf ostdeutschen Länder und des östlichen Teils Berlins ist seit 1990 durch einen Trend zu stärkerer Wirtschaftsleistung und wachsenden verfügbaren Einkommen geprägt. Wir vergessen nicht, von welchem Stand diese Entwicklung ausging – 1991 lag das Bruttoinlandsprodukt der neuen Länder auf 43 Prozent des Vergleichswertes der alten Länder. Heute ist diese Lücke zwar noch nicht geschlossen, aber deutlich verringert worden.

CDU und CSU stehen wie keine andere politische Kraft für die Deutsche Einheit. Zusammen mit Helmut Kohl, dem Kanzler der Einheit, haben wir als Union die politische Einheit unseres Landes gewollt und den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Einigungsprozess erfolgreich gestaltet. Wer heute zwischen Ostsee und Thüringer Wald, zwischen Harz und Oder unterwegs ist, wird feststellen, dass seit der Wiedervereinigung sehr viel erreicht worden ist – von den Bürgerinnen und Bürgern, von den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Wir wissen, dass der Angleichungsprozess zwischen Ost und West noch nicht völlig abgeschlossen ist. Dies muss auch bei der Neugestaltung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen berücksichtigt werden.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Rita Stockhofe

Kinderehen verbieten

Spätestens mit der Einreise hunderttausender Flüchtlinge im vergangenen Jahr kam auch das Phänomen der Kinderehe nach Deutschland. Mit der Einreise hunderttausender Flüchtlinge im letzten Jahr wurde inzwischen deutschlandweit von den Behörden eine schätzungsweise vierstellige Anzahl dieser Kinderehen registriert. Genaue Zahlen zu diesen Kinderehen für das Bundesgebiet insgesamt liegen noch nicht vor. Die Unionsfraktion verabschiedete auf ihrer Vorstandsklausur Anfang September

ein Papier, in dem sie für ein Verbot von Kinderehen ausspricht. Während in Deutschland nur heiraten darf, wer bereits 18 Jahre ist oder 16 Jahre alt und die Genehmigung des Familiengerichts hat, ist dies insbesondere in vielen muslimisch geprägten Ländern völlig anders. Ob eine im Ausland geschlossene Ehe in Deutschland als wirksam anerkannt wird, bestimmt sich nach den Vorgaben des Internationalen Privatrechts. Maßgeblich ist hierfür, ob die Anwendung des ausländischen Rechts zu einem Ergebnis führen würde, das mit den wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist. Dies wird dann in jedem Einzelfall geprüft. Wir Politiker sprechen immer wie selbstverständlich davon, dass die Integration der Menschen, die zu uns kommen, natürlich auf dem Boden des Grundgesetzes geschehen muss. Aber was heißt das eigentlich konkret für unser Zusammenleben mit hunderttausenden Menschen, die unsere Werte und unsere Kultur nicht kennengelernt haben? Das Beispiel der Kinderehe führt uns das sehr eindrücklich vor Augen. Wir müssen deshalb den rechtlichen Rahmen für die Kinderehen verändern, damit die Auslandskinderehen auf Antrag der Minderjährigen oder der zuständigen Behörde aufgehoben werden. Gleichzeitig ist es eine große gesellschaftliche Herausforderung, die Opfer von Kinderehen aus fremden Kulturkreisen in unsere Gesellschaft zu integrieren. Wenn ein Mädchen im Alter von zwölf oder 13 Jahren verheiratet wird, hat es keine Chancen auf Bildung, keine Chance auf ein eigenes, selbstbestimmtes Leben, keine Chance auf eine Zukunft, die es selbst gestalten kann. Wir erwarten deshalb vom Bundesjustizminister zügig eine Vorlage eines entsprechenden Referentenentwurfs, damit wir die Minderjährigen besser schützen können.

Kommunalinvestitionsförderung wird verlängert

Mit diesem Gesetz unterstützt der Bund die Investitionstätigkeit von finanzschwachen Kommunen in Zeiten großer Herausforderungen. Dazu beschließt der Deutsche Bundestag die Verlängerung des Förderprogramms für besonders bedeutsame Investitionen in finanzschwachen Kommunen bis Ende 2020, da noch viele Mittel gar nicht gebunden sind. Es wird den Kommunen damit ermöglicht, die vom Bund gewährten Finanzhilfen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro zwei Jahre länger abzurufen. Dies trägt auch dazu bei, die aktuellen Herausforderungen bei der Betreuung und Unterbringung von Flüchtlingen zu meistern. Dieser bisher schleppende Mittelabfluss beim Kommunalinvestitionsfonds liegt allerdings nicht an den Kommunen. Tatsache ist, dass das Bundesgesetz durch die Länder umgesetzt werden muss. Die Länder definieren, welche Kommunen als finanzschwach gelten und für welche Nutzungszwecke, die der Bund anbietet, das Geld tatsächlich eingesetzt werden darf. Diese Umsetzung durch die Länder und die konkrete Handhabung des Programms sieht in den Bundesländern leider sehr unterschiedlich aus. Auch die Landesregierung Nordrhein- Westfalens muss an dieser Stelle Prozesse erheblich beschleunigen, damit das Geld endlich bei den Kommunen, wo es dringend gebraucht wird, ankommt.

Änderung des Vereinsgesetzes

Diese Verschärfung des Vereinsgesetzes führt zu einer Änderung des sog. Kennzeichenverbots in § 9 und zu einer Anpassung der entsprechenden Strafvorschrift in § 20 Vereinsgesetz. Das Kennzeichenverbot zielt auf die Kutten der Rockergruppen; diese Kenn-zeichen sollen nicht mehr von "Schwestervereinen" straflos genutzt werden können. Zugleich wird präzisiert, wann eine Verwendung wesensgleich ist. Wir reagieren damit auf ein Urteil des Bundesgerichtshofs und erleichtern auf diese Weise die Bekämpfung der Rocker-Kriminalität. Wir zeigen damit, dass die Union in allen Bereichen der inneren Sicherheit die treibende Kraft bleibt.

Praktikumsbericht Moritz Reinprecht

In der Zeit zweier Sitzungswochen des Bundestages vom 19. September - 30. September 2016, habe ich ein Praktikum im Bundestagsbüro von Rita Stockhofe gemacht. Der Ablauf in diesen Wochen ist meist ähnlich strukturiert. Montag und Dienstag treten die verschiedenen Fachpolitiker in Arbeitsgruppen zu fraktionsinternen Beratungen zusammen. Anschließend werden die dort gefassten Beschlüsse in der Fraktionssitzung den anderen Fraktionsmitgliedern vorgestellt und diskutiert. Mittwochs tagen die Ausschüsse und Donnerstag und Freitag finden die Plenarsitzungen statt. Frau Stockhofe ist Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und Ernährung und im Petitionsausschuss ist. So durfte ich sie dienstags in die Arbeitsgruppen für Ernährung und Landwirtschaft und für Petitionen sowie zur Fraktionssitzung und mittwochs in die entsprechenden Ausschüsse begleiten. Daher gehörte u. a. die Vorbereitung dieser Sitzungen zu meinen Aufgaben. Dazu mussten oftmals spezielle Informationen recherchiert und anschließend Zusammenfassungen über die debattierten Themen und eingereichten Petitionen erstellt werden. Dank der hervorragenden Betreuung durch Frau Stockhofe und ihren Mitarbeiterinnen hat mir diese Arbeit große Freude bereitet und fand in einer sehr angenehmen Atmosphäre statt. Ergänzt wurde das Praktikum durch das Praktikantenprogramm der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dieses Programm bietet zahlreiche Diskussionsrunden mit interessanten Abgeordneten und Referenten, z. B. dem Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktion Michael Grosse-Brömer oder Wolfgang Bosbach sowie Besichtigungen und Führungen durch Bundesministerien und -behörden, wie etwa durch den BND. Es waren zwei ausnahmslos sehr interessante und lehrreiche Wochen. Dabei habe ich einen hervorragenden Eindruck von den politischen und organisatorischen Tätigkeiten einer Bundestagsabgeordneten und der CDU/CSU-Fraktion sowie den Arbeitsabläufen im gesamten Deutschen Bundestag erhalten.

Dafür bedanke ich mich bei Rita Stockhofe und ihrem Team, die mir diese abwechslungsreichen und vielfältigen Erfahrungen ermöglichten.

Meine Termine vor Ort

01.10.2016, 11.00 Uhr	FU Bundeskreisvorsitzendenkonferenz, Berlin
02.10.2016, 18.00 Uhr	Lavesumer Blasmusik
03.10.2016, 11.00 Uhr	Festakt Tag der Deutschen Einheit in Düsseldorf
04.10.2016, 19.00 Uhr	Nominierungsparteitag
06.10.2016, 17.00 Uhr	Kamingespräch mit Staatssekretär Bleser
07.10.2016, 15.30 Uhr	Pfarrei St. Sixtus
07.10.2016, 18.00 Uhr	Kreisvertreterversammlung
11.10.2016	Gespräch zum Thema Breitbandausbau für meinen Wahlkreis bei der EU in Brüssel
12.10.2016, 10.00 Uhr	SU Datteln
13.10.2016, 15.00 Uhr	SU Recklinghausen
15.10.2016, 11.00 Uhr	Neuwahlen Stadtverbandsvorstand Oer-Erkenschwick